

Tapferer Kämpfer für die Rechte von Minderheiten

Zum Tod von Edmund Samarakoddy

Der kürzlich verstorbene Veteran der srilankischen Linken, Edmund Samarakoddy, war ein engagierter Kämpfer für die Rechte der Minderheiten des Inselstaates. Man wird sich an ihn erinnern als den Politiker, der in einer gescheiterten Gesetzesvorlage in den fünfziger Jahren, wonach Tamil, die Sprache der größten ethnischen Minderheit Sri Lankas, als offizielle Sprache anerkannt werden sollte. Samarakoddy trat kurz nach deren Gründung in den dreißiger Jahren der trotzkistischen 'Lanka Sama Samaja Party' (LSSP), der 'Gleichheitspartei', bei, die zur ersten anti-imperialistischen Organisation des Landes wurde. Als Mitglied dieser Partei trug er zu einer marxistischen Ausrichtung der LSSP bei, die während des 2. Weltkrieges jede Unterstützung des britischen Kolonialregimes verweigerte, während die LSSP den 'Krieg des Volkes' (people's war) rechtfertigte und unterstützte.

1940 in Zusammenhang mit einem Streik von den Engländern verhaftet, gelang ihm 1942 zusammen mit anderen LSSP-Führern ein spektakulärer Ausbruch aus dem Gefängnis. Als Konsequenz einer weiteren Verhaftung 1944 verlor er seine Zulassung als Anwalt im damaligen Ceylon, die ihm erst nach dem Krieg wieder zugesprochen wurde.

Von 1945 bis 1950 nahm er an den Aktionen des ceylonesischen Flügels der 'Bolschewistischen Partei Indiens' (BLPI) teil, die sich als Mitglied der 'Vierten trotzkistischen Internationale' später mit der LSSP vereinigte. 1964 verließ Samarakoddy zusammen mit 125 Genossen die LSSP als diese beschloß, der von der damaligen Premierministerin, Sirimavo Bandaranaike, angeführten Koalitionsregierung beizutreten.

Schon in den fünfziger Jahren wurde er Parlamentsmitglied und blieb über zwei Wahlperioden bis 1964 Abgeordneter. Er stammte aus einer Familie mit engen Verbindungen zur Politik - auch zwei seiner Brüder gehörten zum Parlament an, jedoch auf der anderen Seite des politischen Spektrums. Als aktiver Verteidiger der Rechte von Minderheiten nahm er an der Bewegung gegen kastenbedingte Unterdrückung auf der nördlichen Halbinsel Jaffna teil. Die Linke, lange Zeit eine einflußreiche politische Kraft in Sri Lanka, wurde ein Opfer ihres überhandnehmenden sinhalesischen Chauvinismus, wurde marginalisiert und unterlag so dem Druck der populistischen politischen Hauptströmungen. Unbeeindruckt setzte Samarakoddy seine Arbeit unter den verschiedenen Kleingruppen der sogenannten revolutionären Linken fort. Außerdem blieb er weiterhin in Verbindung zur internationalen trotzkistischen Bewegung.

E.R.

Interview

mit L. Philip, einem katholischen (tamilischen) Priester aus der Diözese Batticaloa. Das Gespräch führte Traudl Vorbrodts ('Pax Christi', Berlin).

Sie sind zum ersten Mal in Deutschland, warum gerade jetzt?

Die Kommission Asyl/Flüchtlinge von 'Pax Christi' (PC) lud mich ein. Wissen Sie, es ist fast unmöglich, daß Tamilen aus Sri Lanka ein Touristenvisum in Colombo bekommen, wenn nicht von einer bekannten Organisation eine Einladung vorliegt. Ich glaube, die Europäer haben Angst, daß Tamilen nicht mehr zurück in den Krieg gehen. Privateinladungen werden sowieso immer abgelehnt. So durften beispielsweise noch nicht einmal die Eltern zur Priesterweihe ihres Sohnes nach Rom reisen, obwohl sich sogar der Bischof und der Nuntius bei der italienischen Botschaft in Colombo eingesetzt hatten.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: warum jetzt? Nun, ich erhielt die Einladung und da ich Kontakte mit PC-Berlin unterhalte und weiß, daß Sie sich für Flüchtlinge einsetzen und daß Sie einen Bischof als Präsidenten haben, will ich versuchen, Interesse für die Lage in Sri Lanka zu wecken. Vielleicht kann die deutsche Bischofskonferenz oder 'Justitia et Pax' etwas für uns tun. Und außerdem möchte ich gerne meine Verwandten sehen, die in Deutschland als Flüchtlinge leben. Aber ich habe einen weiteren Grund, gerade jetzt zu kommen: Wie Sie wahrscheinlich wissen, werden seit Januar diesen Jahres tamilische Flüchtlinge, die bisher in Südindien lebten, nach Sri Lanka zurücktransportiert und leben unter miserablen Bedingungen in Flüchtlingslagern in Sri Lanka. Wir haben große Sorge, daß Deutschland vielleicht diesem schlechten Beispiel folgen wird.

Ihre Sorge deckt sich mit unseren Befürchtungen; denn am 30. Juni läuft der sogenannte Abschiebestop für Tamilen aus Sri Lanka aus, und im Moment wagt niemand hier eine Prognose zu stellen, wie es weitergeht. Können Sie uns etwas über die Situation in den Flüchtlingslagern in Ihrem Land berichten und

über die Arbeitsmöglichkeiten des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und des Internationalen Roten Kreuz (IKRK)?

Ich kann Ihnen nur über die Lage in meiner Pfarrei und in der Diözese Batticaloa berichten. Was im Distrikt Jaffna los ist, weiß ich auch nur aus zweiter Hand; denn ich bekam schon lange keine Erlaubnis mehr, in den Norden zu reisen. Wir brauchen jetzt fast ständig Genehmigungen, um von einem Ort in den anderen zu gehen. Das IKRK versucht, das eine oder andere Krankenhaus mit den nötigen Medikamenten zu versorgen und auch mal Lebensmittel zu bringen. Aber eine regelmäßige oder zuverlässige Hilfe gibt es nicht. Mal kommen die Konvois an, mal nicht. Die sogenannten dry rations (d.h. Reis und Hülsenfrüchte, d.Red.), die alle zwei Wochen verteilt werden, reichen etwa fünf Tage, wenn sich die Menschen satt essen wollen. Häufig werden die Rationen aber nur alle vier Wochen verteilt. Eine Hungersnot, wie wir sie aus afrikanischen Ländern kennen, gibt es aber nicht. Natürlich sterben sehr viele Menschen, aber woran, wird natürlich nicht gesagt.

Schwerer leiden die Menschen aber an der Unsicherheit und Ungewißheit. Sehen Sie, es gibt sehr häufig Razzien der Sicherheitskräfte in den Camps - immer in der Nacht - und am nächsten Morgen fehlen dann fünf oder zehn Menschen, die dann oftmals nie wieder auftauchen. Dann werden die Flüchtlingslager plötzlich verlegt, weil sie in einem Kampfgebiet oder einer Sicherheitszone liegen. Oder ein ganzes Dorf wird niedergewalzt. Der UNHCR betreut in Sri Lanka sogenannte Inlandsflüchtlinge, übrigens einmalig, da er sonst nur für Flüchtlinge zuständig ist, die ins Ausland geflohen sind. Aber was kann er schon tun? Es gibt zu wenig Geld und Personal. Und Macht hat er auch keine. Viele bei uns sind der Meinung, daß der UNHCR nur ein Feigenblatt für die Regierung

ist. Sie kann dann auf die Anwesenheit des UNHCR verweisen und sagen, es gehe doch alles mit rechten Dingen zu.

Nehmen wir die Rückführung der Tamilen aus Indien nach Sri Lanka (etwa 25.000 wurden seit Anfang des Jahres nach Sri Lanka transportiert, d.Red.). Es heißt, alles geschehe freiwillig und der UNHCR sei auch involviert. Aber in Indien - d.h. im Bundesstaat Tamil Nadu - ist der UNHCR überhaupt nicht präsent. Er befragt nur die Flüchtlinge bei der Ankunft in Sri Lanka und weist ihnen Camps oder Ähnliches zu. Eine Sicherheitsgarantie kann er nicht geben; braucht er auch nicht, da die Leute unterschrieben haben, daß sie "in Kenntnis der Situation in Sri Lanka freiwillig zurückkehren".

Und, wie gesagt, was im Jaffna Distrikt los ist, kann ich nicht sagen. Im übrigen ist ja darüber schon sehr viel Detailliertes vom 'Südasiens Büro' geschrieben und publiziert worden. Dazu muß ich noch sagen, daß die Berichte des Büros sehr umfangreich und gut recherchiert sind. Die Leute dort kommen an mehr Informationen als wir im Land.

Welche Rolle spielen die christlichen Kirchen in Sri Lanka, besonders die Bischofskonferenz?

Wissen Sie, die Situation ist sehr schwierig. Die Christen sind eine Minderheit und können nicht viel ausrichten. Einzelne Priester und Bischöfe sowie Ordensleute sind sehr aktiv in der Betreuung von Flüchtlingen und versuchen auch, dem Schicksal 'Verschwundener' nachzugehen. Politisch aktiv ist die Bischofskonferenz aber nicht. Wie gesagt - es ist eine Minderheit, und es fehlt die breite Unter-

stützung aus dem Ausland. Das Verhältnis zwischen sinhalaischen und tamilischen Bischöfen ist aber besser geworden. Aber schwierig ist doch noch alles. Ein Beispiel: ein sinhalaischer Amtsbruder bat mich, nicht mit ihm im Auto zu fahren, da er sonst verdächtig würde, mit Terroristen zusammen zu arbeiten und sich selbst gefährde. Es ist überhaupt sehr gefährlich, sich um andere Menschen zu kümmern. Ich war schon mehrmals im Gefängnis oder wurde an anderen Orten festgehalten. Bis jetzt hatte ich Glück und kam immer wieder frei. Doch wie lange noch? Ich weiß es nicht. Jedenfalls lebe ich jetzt alleine, so gefährde ich wenigstens andere nicht, die mich nicht schützen wollen.

Was könnte Ihrer Erfahrung nach eintreten, wenn Deutschland die tamilischen Flüchtlinge ausweist?

Das kann ich im einzelnen nicht sagen. Jedenfalls gäbe es mit Sicherheit viele Tote mehr. Die Gefängnisse und Sicherheitscamps sind schon jetzt überfüllt; Nahrungsmittel und Medikamente gibt es nicht ausreichend. Die Sicherheit und Überlebensfähigkeit der Rückkehrenden wäre auf jeden Fall nicht gewährleistet.

Gibt es Möglichkeiten, von hier aus einzuwirken?

Natürlich. Schicken Sie Delegationen ins Land. Informieren Sie über die Lage bei uns. Ihre sogenannte Entwicklungshilfe dürfte nur ausgezahlt werden, wenn es Gerechtigkeit und Frieden im Land gibt. Wie kann sich ein so kleines Land wie Sri Lanka einen so langen Krieg und so viele Waffen leisten?

Die Hauptsache ist erledigt von Helmut Budde

In seiner Tasche fand die Polizei meinen Brief, mit dem ich ihm mitgeteilt hatte, daß das Verwaltungsgericht Köln am 25. Oktober 1991 die Klage des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten abgewiesen hatte, womit seinem Asylantrag vom 15. Juli 1987 stattgegeben wurde. Schon am 17. Dezember 1986 war er vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge als Asylberechtigter anerkannt worden, aber der Bundesbeauftragte hatte gegen diesen Bescheid Klage erhoben. Nun, nach mehr als sechs Jahren, schien der Kampf um die Asylberechtigung endgültig gewonnen zu sein. Aber Kannan hat sich mit meinem Brief in der Tasche umgebracht, zwei Wochen nachdem er ihn erhielt. Warum?

Ich lernte ihn kurz nach seiner Ankunft in Lippstadt kennen, den Jungen aus Point Pedro im Norden Sri Lankas. Gerade 19 Jahre alt war er, leise und langsam, sanft und still, freundlich und ein wenig scheu, allein und ein wenig unbeholfen. Heimweh füllte ihn mehr und mehr aus und lähmte ihn, er sehnte sich nach seinen Eltern und Geschwistern und nach seiner vom Bürgerkrieg zerrissenen Insel. Einsam und fremd fühlte er sich in Lippstadt, untergebracht im Übergangsheim für Asylbewerber in der Hospitalstraße, mit befristeter Aufenthaltsgestattung, mit Arbeitsverbot und Aufenthaltsbeschränkung. Jahrelang verurteilt zum Nichtstun, zum Warten und zum Grübeln. Sein älterer Bruder war erschossen worden, er selbst war wochenlang im berüchtigten Point Pedro Armeelager eingesperrt und mißhandelt worden, bis ihm im Juli 1985 die Flucht gelang.

Kannan hielt durch und hoffte, sehnte den Tag seiner Anerkennung herbei und träumte von einer Zukunft in Freiheit und Würde. Er hielt auch noch stand, als der Bundesbeauftragte seine Klage erhob und so das ersehnte Ziel erneut in weite Ferne gerückt wurde. Er nahm den Kampf wieder auf, wieder bat er, leise und unbeholfen und vergeblich, um eine Arbeiterlaubnis, eine Besuchserlaubnis, eine Genehmigung zum Schulbesuch usw., usw...

Am 10. Januar 1989 versuchte er zu entkommen, mit einem gefälschten niederländischen Paß und einem Ticket nach Montreal. Schon war er über Frankfurt, Paris und Nizza bis London gelangt, als er dort entdeckt und wieder in eine Maschine nach Düsseldorf gesetzt wurde. Der Richter am Amtsgericht in Lippstadt verhängte eine Geldstrafe, und Kannan hatte gelernt, daß es für einen Flüchtling ebenso schwer ist, das ungastliche Deutschland wieder zu verlassen, wie es zu erreichen.

Zwei Jahre später fand Kannan einen Arbeitsplatz und er hoffte, daß vielleicht doch noch alles gut werden würde. Seine Eltern hatten zwischenzeitlich aus Sri Lanka nach Tamil Nadu in Südindien flüchten können, und Kannan sparte für ein Wiedersehen mit ihnen.

Dann kam der Termin vor dem Verwaltungsgericht Köln. Kannan war pünktlich erschienen und hörte um 10.20 Uhr vom Vorsitzenden das Urteil im Namen des Volkes. Jubelnd fuhr er heim und wartete auf meinen Brief, um schwarz auf weiß nachlesen zu können, worauf er mehr als sechs Jahre gewartet hatte. Mein Brief kam am 20. oder 21. November 1991, und Kannan las die gottverdammte Wahrheit, daß der Bundesbeauftragte sich auch dieses Urteil wahrscheinlich nicht gefallen lassen und Berufung einlegen würde. Die Rechtsmittelfrist lief Mitte Dezember ab. Kannan wußte, was das bedeutete: mindestens ein weiteres Jahr der Ungewißheit und Angst, der behördlichen Auflagen und Kontrollen, kein Wiedersehen mit den Eltern, stattdessen die Qualen des Heimwehs und der Demütigung. Und seine Kraft erlosch wie die Kerzenflamme im eisigen Wind. Er wartete die Rechtsmittelfrist nicht ab, er war am Ende und gab auf. In der Baumschule seines Gartenbaubetriebs schluckte er am Mittag des 4. Dezember Polytanol, ein ätzendes Mittel zur Vernichtung von Schädlingen. Er starb in der Universitätsklinik von Münster, Landsleute bestatteten seine Asche in der Ostsee. Das Verwaltungsgericht erklärte pflichtgemäß sein Urteil für gegenstandslos und die Hauptsache für erledigt.

(Helmut Budde ist Rechtsanwalt in Münster)